



Medienmitteilung des Schweizerischen Bauernverbandes vom 17. November 2005

Angst um die Existenz trieb 10'000 Bauern nach Bern

WTO, Freihandelsabkommen mit den USA und nicht zuletzt das absolut unbefriedigende Reformpaket der AP 2011 und die damit verbundene grosse Angst um die Zukunft der Schweizer Landwirtschaft trieben die Schweizer Bäuerinnen und Bauern auf die Strasse. Mehr als 10'000 Personen demonstrierten heute auf dem Bundesplatz in Bern gemeinsam gegen die aktuellen Entwicklungen in der Landwirtschaftspolitik. „Die Lage ist bereits heute sehr angespannt, wir Bauern verdienen so wenig, dass viele Betriebe heute schon von ihren Reserven leben“, schilderte Hansjörg Walter, Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes und selber Bauer im thurgauischen Wängi, die dramatische Situation der Bauernfamilien. Weitere Preissenkungen, wie sie die AP 2011, aber auch der Abbau des Grenzschutzes im Rahmen der Liberalisierung des Welthandels mit sich bringen, seien deshalb für die Schweizer Landwirtschaft nicht tragbar. „Wir sehen unsere Zukunft gefährdet!“, so der oberste Bauer. Er prangerte weiter an, dass der Landwirtschaft einmal mehr der Zahlungsrahmen gekürzt werden soll: „Die Direktzahlungen und die Marktstützungen sind eine legitime Abgeltung für gemeinnützige Leistungen, welche die Bauernfamilien für unser Land erbringen.“ Walter erinnerte auch daran, dass die Landwirtschaft nicht nur Geld kostet, sondern auch rund 6 Milliarden Franken pro Jahr ausgibt und damit rund 200'000 weitere Arbeitsplätze in den vor- und nachgelagerten Branchen schafft. Es dürfe nicht sein, dass in der Schweiz nur noch Dienstleistungsbetriebe wie Banken und Versicherungen eine Zukunft hätten. In diesem Sinn sei auch das Motto der Bauernkundgebung zu verstehen: Heute die Bauern, morgen du!

Die Präsidentin der Schweizer Bäuerinnen und Landfrauen, Ruth Streit, ergänzte, dass die Landwirtschaft in den vergangenen Jahren bereits grosse Leistungen erbracht habe. „Welche andere Branche hat in wenigen Jahren einen Drittel ihrer Betriebe abgebaut, Marktnischen und Nebenerwerbe erschlossen, die Produktion praktisch vollständig auf ökologische Produktion umgestellt?“, fragte sie. Seiner Enttäuschung und Frustration gab auch Peter Gfeller, Präsident der Schweizer Milchproduzenten, Ausdruck. Diese geraten in den nächsten Jahren besonders stark unter Druck. Er kritisierte, dass von den Bauern erwartet werde, trotz steigenden Kosten immer günstiger zu produzieren. Dieses Loch lasse sich auch mit Direktzahlungen nicht mehr stopfen. Gfeller forderte ein klares Bekenntnis zu fairen Schweizer Preisen für Schweizer Produkte mit Schweizer Qualität. Sowohl der Chef der Milchproduzenten wie auch der Vizepräsident des Bauernverbandes und Präsident der Schweizer Getreideproduzenten kritisierten die Entwicklungen in der WTO. „Die Landwirtschaft droht zum Opfer einer einseitigen Liberalisierung zu werden!“, so Dupraz. Mit dem Vorschlag der grossen Agrarexporteure verliere die Landwirtschaft einen Drittel ihres Produktionswertes und damit die Bauernfamilien die Hälfte ihres Einkommens. Auf der anderen Seite gebe es keine Zugeständnisse für andere Sektoren, so dass die Schweiz nur verliere, aber nichts gewinne. „Wir fordern das Recht jedes Landes, für die eigene Bevölkerung Nahrungsmittel zu produzieren!“

Mit Evelin Matzinger aus dem Kanton Zürich und Christophe Ackermann aus dem Kanton Jura forderten auch zwei junge engagierte Bauersleute eine Perspektive für ihre Zukunft. „Wir sind bereit, viel und hart zu arbeiten, wir sind aber nicht bereit, umsonst zu arbeiten!“

Damit die Bauern als Unternehmer erfolgreich sein können, seien mutige Schritte zur Senkung der Produktionskosten sowie stabile Rahmenbedingungen nötig. Beides biete die aktuelle Entwicklung der Agrarpolitik in keiner Weise. Die Sorgen und Anliegen der Bauern wurden auch von der Konsumentenseite unterstützt. Josiane Daepf, Vorstandsmitglied der Westschweizer Konsumentenvereinigung betonte, dass für die Konsumenten wichtige Werte wie Qualität, Frische, Umweltschutz, Tierwohl, Täuschungsschutz und Transparenz mit der aktuellen Entwicklung bedroht seien. Als Vertreterin der Konsumenten verlange sie gesunde Nahrung aus der Nähe.

Zum Abschluss der eindrücklichen Bauerndemo in Bern übergaben die Bäuerinnen und Bauern Claude Janiak, Vizepräsident des Nationalrats, und Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz als Vertreter von Parlament und Regierung, ein Forderungspapier mit sechs Punkten. In diesem wird unter anderem eine harte Position bei den WTO-Verhandlungen, das Zurückweisen eines Freihandelsabkommens im Agrarbereich mit den USA sowie ein Zahlungsrahmen in der Höhe des Reformpakets AP 2007 verlangt. Die anwesenden Bäuerinnen und Bauern unterstrichen ihre Entschlossenheit mit einem eindringlichen Glockengeläut, das die Verantwortlichen „wach läuten“ und ihnen den Ernst der Lage vermitteln sollte.

Rückfragen:

Jacques Bourgeois, Direktor SBV, Mobile 079 219 32 33

Urs Schneider, stv. Direktor SBV, Mobile 079 438 97 17

Sandra Helfenstein, Mediensprecherin SBV, Mobile 079 826 89 75